

Zeitschrift: Sprachspiegel : Zweimonatsschrift
Herausgeber: Schweizerischer Verein für die deutsche Sprache
Band: 64 (2008)
Heft: 1

Rubrik: Chronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Chronik

«Unwörter» des Jahres 2007

Die alljährliche Wahl des Worts des Jahres hängt vor allem von der Häufigkeit des betreffenden Ausdrucks ab. Diese kann für ein «Unwort» des Jahres zwar auch eine gewisse Rolle spielen; entscheidend ist jedoch ein sprachkritischer Aspekt. Die Jury der «Sprachkritischen Aktion «Unwort des Jahres»» an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt a.M., die seit fünfzehn Jahren dieses «Unwort» erkürt, zählt nicht nur, sondern wertet vor allem und verfolgt das Ziel, anhand problematischer Ausdrücke auf eine politisch oder kulturell oder gesellschaftlich verwerfliche Verwendung von Sprache aufmerksam zu machen.

Die jeweils im Januar des Folgejahrs tagende Jury hat für 2007 das (in der Schweiz kaum geläufige) Wort Herdprämie als erstes ausgewählt. Das Wort wird als spöttische Bezeichnung für das Betreuungsgeld verwendet, das in Deutschland Mütter erhalten, die sich dafür entschieden haben, sich ganz der Kindererziehung zu widmen, und deshalb auf eine andere Berufstätigkeit verzichten. «Das Wort diffamiert Eltern, insbesondere Frauen, die ihre Kinder zu Hause erziehen», lautet die Begründung der Wahl.

Auf Platz zwei setzte die Jury das Wort klimaneutral, das auf irreführende Weise Harmlosigkeit vorgibt. Den dritten Platz nimmt die Formulierung des Kölner Kardinals Joachim Meisner ein, wonach Kunst und Kultur entarten (ein Ausdruck aus dem Nazi-Kulturvokabular), wenn sie ihre religiöse Bindung verlieren.

Computer im Schulunterricht

Das von Bund, Kantonen und der Wirtschaft getragene Projekt «Schule im Netz» ist nach fünfjähriger Dauer abgeschlossen worden. Waren im Jahr 2001 erst 65,8 Prozent der rund 5300 Schulgebäude ans Internet angeschlossen, konnte dieser Anteil bis 2007 auf 95,4 Prozent erhöht werden. Die Zahl der Lernenden pro Schulcomputer konnte von 12,8 auf 8,4 reduziert werden. Der Bund will auch weiterhin Informations- und Kommunikationstechnologien fördern.

Ob die damit verbundenen hohen Erwartungen in Erfüllung gehen, ist allerdings nicht sicher. Erfahrungen und Studien aus den USA deuten vielmehr darauf hin, dass Informations- und Computertechnologie (ICT) nicht zwingend zum Lernerfolg führen. Einige amerikanische Schulen sind sogar wieder ganz davon abgekommen und setzen erneut auf Papier und Bleistift. Jedenfalls bleibt für zahlreiche Bildungsverantwortliche noch fraglich, ob von einem ICT-Einsatz überhaupt quantifizierbare Ergebnisse für Fächer wie Lesen, Schreiben und Rechnen zu erwarten sind.

«Sonderklassen» in Genf

Genf will die Qualität der Schule in bevölkerungsreichen Quartieren durch sogenannte REP (Réseau d'enseignement prioritaire) verbessern. Nach einer einjährigen Pilotphase an einer Schule haben seit Herbst 2007 sechs Schulen im Kanton ein solches Réseau eingeführt. Für eine solche Einführung sind drei Voraussetzungen nö-

tig:: Mehr als 55% der Eltern der Schüler müssen sozial benachteiligt sein (arbeitslos, Flüchtlinge, schlechte Berufsqualifikation), mehr als 60% haben eine andere Muttersprache als Französisch, und alle Lehrer müssen sich für drei Jahre im REP verpflichten. Diese Schulen haben kleinere Klassen und mehr Lehrer als üblich.

Zürich: keine Hauswirtschaftskurse in der Romandie oder im Tessin

Während Bildungsverantwortliche in der ganzen Schweiz sich um Schüler-Austauschprogramme unter den verschiedenen Sprachregionen bemühen, hat der Zürcher Kantonsrat ein besonders viel versprechendes derartiges Programm geschickt. Die wiedererweckten Hauswirtschaftskurse für Gymnasiasten sollten in der Romandie oder im Tessin durchgeführt werden. Dagegen wurden Bedenken geäussert in Bezug auf die Qualität solcher von nicht deutschschweizerischem Personal durchgeführten Kurse; zudem monierte ein Ratsmitglied, kein Fach könne in

einer Fremdsprache gleich effizient erteilt werden wie in der Muttersprache (von Immersionsunterricht offensichtlich noch nie gehört!). Aber die Argumente verfingen, wenn auch knapp: Die Ablehnung erfolgte mit 83 zu 91 Stimmen.

Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung

Die politisch unabhängige Vereinigung «Helvetia Latina» hat Ende letzten Jahres einen Forderungskatalog zur Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung präsentiert, der sich in erster Linie an die Bundesbehörden richtet. Der Katalog macht kritisch darauf aufmerksam, dass es trotz des neuen Sprachengesetzes weiterhin Diskriminierungen bei der Be rücksichtigung lateinischer Sprachgemeinschaften innerhalb der Bundesverwaltung gebe. Gefordert wird auch, dass Kaderstellen nur noch Personen offen stehen sollen, die mindestens zwei Nationalsprachen beherrschen. Nf.